

## **Auszug aus dem Bericht des Petitionsausschusses (Land) Nr. 29 vom 10. Juni 2022**

**Der Ausschuss bittet, folgende Petition für erledigt zu erklären:**

**Eingabe Nr.: L20-321**

**Gegenstand: Gesundheitsversorgung für alle**

### **Begründung:**

Die Petentin fordert eine bessere Gesundheitsversorgung für Menschen ohne sicheren Aufenthaltsstatus. Die Gesundheitsversorgung von Menschen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus sei in Deutschland auf die Behandlung akuter Erkrankungen und Schmerzzuständen sowie die Versorgung bei einer Schwangerschaft beschränkt. Zwar habe grundsätzlich in Deutschland jeder Mensch ein Recht auf Zugang zu medizinischer Versorgung und Hilfe im Notfall, jedoch hätten Menschen ohne Papiere de facto keinen Zugang zum Gesundheitssystem. Zudem sei in Bremen die Humanitäre Sprechstunde aufgrund der Pandemie-Maßnahmen geschlossen worden. Vor diesem Hintergrund fordert die Petentin den anonymen Krankenschein in Bremen, der eine bessere Inanspruchnahme und Versorgung mit sich bringe.

Die Petition wird von 514 Mitzeichner:innen unterstützt.

Der Petitionsausschuss hat zu dem Vorbringen der Petentin eine Stellungnahme der Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz eingeholt. Außerdem hatte die Petentin die Möglichkeit, ihr Anliegen im Rahmen der öffentlichen Beratung mündlich zu erläutern. Unter Berücksichtigung dessen stellt sich das Ergebnis der parlamentarischen Beratung zusammengefasst folgendermaßen dar:

In der ursprünglichen Stellungnahme machte das Ressort geltend, dass der Themenkreis der Gesundheitsversorgung für Menschen ohne sicheren Aufenthaltsstatus in enger fachlicher Abstimmung mit der Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport mit dem Ziel, ein entsprechendes Konzept zu entwickeln, bearbeitet wird.

Darüber hinaus werden Asylsuchende im Rahmen des sogenannten „Bremer Modells“ versorgt. Personen, die nicht asylsuchend sind und die über keine Dokumente zum Nachweis ihres Status verfügen, werden grundsätzlich über die humanitäre Sprechstunde versorgt. Tatsächlich konnte während der akuten Phase der Covid-19-Pandemie die Humanitäre Sprechstunde im Gesundheitsamt Bremen nicht angeboten werden. Im Rahmen der öffentlichen Behandlung der Petition berichtete der Referent der Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz, dass es zwar Probleme gebe, die Humanitäre Sprechstunde verstetigt zu besetzen, diese aber wieder stattfindet. Das in dieser Sitzung skizzierte Konzept einer ärztlichen Versorgung von Personen ohne geklärten Aufenthaltsstatus unter enger Zusammenarbeit mit der Inneren Mission, dem MVO und Medinetz steht laut weiterer schriftlicher Stellungnahme der Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz aus dem März dieses Jahres vor der Implementierung. Demnach waren die bereits stattgefundenen Gespräche mit Leistungserbringenden, um das Projekt zu unterstützen und die Bereitschaft zu eruieren, ein Versorgungsnetz aufzubauen, sehr konstruktiv. Weiterhin wird die Gründung eines neuen Vereins angestrebt, der das Projekt übernehmen und ausgestalten soll. Dieser soll nach erfolgter Gremienbefassung seine Arbeit in der zweiten Jahreshälfte des Jahres 2022 aufnehmen.